

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).

ANDERS HANDELN

Newsletter Nr. 32 vom 17. März 2024

*Bitte 20 000 Euro Gerechtigkeit! Oder braucht es noch
was anderes?*



Liebe Leserin, lieber Leser,

vom Erfinder des Dynamits ist überliefert, dass er eine sehr klare Meinung beim Thema »Erben« hatte: »Ich bin besonders der Ansicht, dass große ererbte Vermögen ein Unglück sind, die das Menschengeschlecht nur in Apathie führen.« Man möchte ergänzen: Das Menschengeschlecht vielleicht, die Erben in der Regel nicht.

Das Thema »Erben« hat Sprengkraft und das schon sehr lange. Irgendwie ahnt inzwischen auch der letzte Verteidiger der uneingeschränkten Verfügungsgewalt über das Privateigentum, dass sich das Erbrecht nicht so richtig mit der Idee der

Leistungsgerechtigkeit verbinden lässt. Und die Wissenschaft bestätigt diesen Verdacht: »Über 60 Prozent aller Vermögen in Deutschland wurden durch Schenkung und Erbschaft erzielt, nicht durch die eigene Hände Arbeit«, erklärt Marcel Fratzscher, der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

So what, könnte man jetzt einwenden – da haben einige eben Glück gehabt. Was soll die Neiddebatte? Doch so einfach ist es nicht. Nach Angaben des DIW geht die Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen an die reichsten zehn Prozent der Begünstigten; die reichsten 20 Prozent erhalten drei- bis viermal so hohe Erbschaften und Schenkungen wie alle anderen; die unteren 90 Prozent der Erb:innen und Beschenkten erhalten zusammen ungefähr so viel wie die oberen zehn Prozent. Vor allem diese Konzentration der Vermögen ist ein Problem, denn Eigentum ist nie unabhängig von anderen Menschen. Dessen Verteilung entscheidet mit über Start- und Lebenschancen und auch über die wirtschaftliche Dynamik einer Volkswirtschaft. Und natürlich ist die Größe des Eigentums von entscheidender Bedeutung für die Frage, wie sehr andere von der schierem Existenz dieses Privateigentums in Mitleidenschaft gezogen werden. Es macht zum Beispiel für die Mitmenschen einen Riesenunterschied, ob einer 200 Quadratmeter Land einzäunt (Omas Kleinhäuschen) oder über 20 000 000 Quadratmeter (Fürstentwäldchen bei Regensburg). Und aus den gleichen Gründen ist es eben keine Privatsache, ob die reichsten zehn Prozent einer Gesellschaft 40, 50 oder – wie in Deutschland – rund 60 Prozent des Gesamtvermögens kontrollieren. In Sachen Vermögensverteilung ist Deutschland jedenfalls sehr viel ungleicher aufgestellt als bei den Einkommen.

Was also tun? Seit einiger Zeit werden Stimmen laut, die ein sogenanntes Grunderbe fordern, einen einmaligen Geldbetrag, den der Staat allen jungen Menschen zahlen sollte. Die vorgeschlagenen Beträge reichen von 10 000 bis 100 000 Euro. Indem Umverteilung von hohen Erbschaften über den Fiskus stattfände, solle zumindest ein wenig Startchancengerechtigkeit hergestellt werden. Aber reicht das schon für den Neuanfang? Oder braucht es eine ganz andere Herangehensweise an das Problem der Startchancengerechtigkeit? Wir wollen uns diesen Fragen in unserem Newsletter nähern – mit persönlichen Impulsen und Buchtipps, Beobachtungen und einem Interview. Und wir möchten Sie einladen, mit uns weiter nachzudenken, was Gerechtigkeit eigentlich ist in einer Welt, in der bis auf weiteres zwischen »deins« und »meins« unterschieden werden wird.

Alfred Nobel, der steinreiche Dynamit-Erfinder, hat den größten Teil seines Millionen-Vermögens übrigens in eine Stiftung gesteckt. Mit den Erträgen des Stiftungsvermögens werden immer noch jährlich Menschen belohnt, »die im verflossenen Jahr der Menschheit den größten Nutzen geleistet haben«. Das ist Leistungsgerechtigkeit. Für mehr Startchancengerechtigkeit taugt das Modell aber auch nicht.

SAGEN SIE MAL, HERR BACH ...

»STEUERPRIVILEGIEN REDUZIEREN«

Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung »Staat« am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). AZ-Volontärin Elisabeth Czesla fragte ihn, wie es um die Soziale Gerechtigkeit in unserem Land bestellt ist.

Herr Bach, wie gerecht ist Deutschland?

Stefan Bach: Die Lage ist besser als die Stimmung. Deutschland ist ein reiches Land, der Rechts- und Sozialstaat funktioniert noch ganz gut, der soziale Zusammenhalt auch, wenn es drauf ankommt. Allerdings sind die Zeiten ungemütlicher geworden. Die Einkommensverteilung ist über die letzten Jahrzehnte spürbar geworden, die Vermögensungleichheit war immer schon recht hoch. Die Wirtschaft schwächelt nach den diversen Krisen. Und die politische Stabilität ist auch nicht mehr das, was sie mal war. Die Milieus, Klassen und Stände entwickeln sich auseinander, Populismus und Extremismus nehmen zu.

Welche Maßnahmen würden Deutschland gerechter machen?

Stefan Bach: Erwerbseinkommen werden in Deutschland ziemlich hoch belastet mit Einkommensteuer und Sozialbeiträgen. Und auch die indirekten Steuern – Mehrwertsteuer, Energiesteuern, Verbrauchsteuern – wurden in den letzten Jahrzehnten erhöht, was die mittleren Einkommen relativ stark belastet. Bei hohem Vermögen und Vermögenseinkommen sind wir dagegen ein Niedrigsteuerland. Daher sollte man Steuerprivilegien bei »leistungslosen« Vermögen und Einkommen reduzieren, vor allem bei hohem Erbschaften oder Immobilienvermögen. Damit könnte man die fiskalisch gebeutelten Mittelschichten spürbar entlasten.

Was halten Sie vom derzeit diskutierten Grunderbe?

Stefan Bach: Wir schlagen ein Startkapital für alle jungen Erwachsenen in Höhe von 20 000 Euro vor – damit alle ein bisschen erben und nicht wenige viel, die bei der Spermalotterie das große Los gezogen haben. Das würde 15 Milliarden Euro im Jahr kosten, wäre aber noch realistisch zu finanzieren über Steuererhöhungen auf hohe Einkommen und Vermögen. Die Frage ist auch, ob man den jungen Leuten das Geld zur freien Verfügung stellt – Cash auf die Krallen – oder doch besser für Ausbildung, Unternehmensgründung, Wohneigentum, Finanzreserve, Altersvorsorge bindet. Letzteres vermeidet, dass die Leute das Geld verjuxen, bedeutet allerdings auch Paternalismus und mehr Bürokratie.

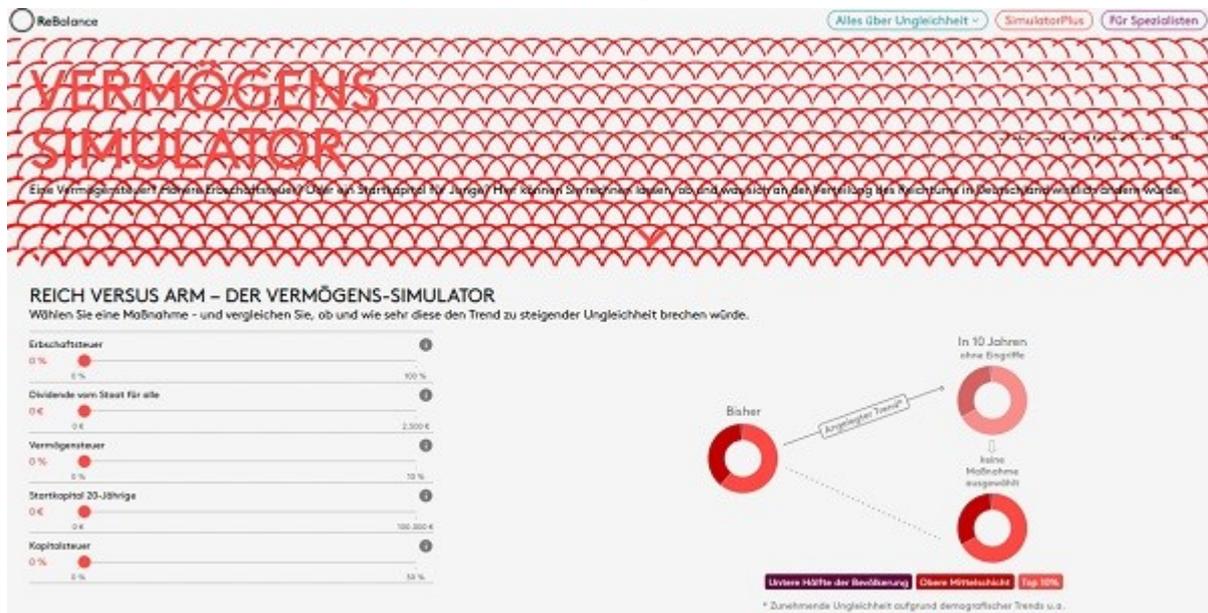
Ist es überhaupt möglich, gerecht zu regieren?

Stefan Bach: Was gerecht ist, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Da muss man tolerant sein, pragmatisch vorgehen und harte Kompromisse schließen. Und die sind – angeblich nach Henry Kissinger, dem kürzlich verstorbenen Altmeister der Realpolitik – dann gerecht, brauchbar und dauerhaft, wenn damit alle gleich unzufrieden sind.

FUNDSTÜCK

WAS WÄRE WENN

Was hätte wirklich Einfluss auf die Vermögensverteilung im Land? Ein Grunderbe, eine Vermögenssteuer, eine höhere Erbschaftssteuer? Oder vielleicht eine Dividende vom Staat für alle? Finden Sie es heraus mit dem Vermögenssimulator des Forums New Economy. Gefunden auf <https://newforum-rebalance.org/de/>.



DER FALL

WIE VIEL ERBSCHAFT BRAUCHT DER MENSCH?

Wenige kommen in diese Lage, noch weniger entscheiden sich dann so: Die Erbin eines Millionen-Vermögens will einen Großteil davon wieder loswerden. Ein Vorbild?

Marlene Engelhorn will 90 Prozent ihres von ihrer Großmutter geerbten Vermögens verschenken. Der Nachfahrin des BASF-Gründers Friedrich Engelhorn gefällt es nicht, dass ihr geerbtes Vermögen in Österreich überhaupt nicht besteuert wird. Sie hält solch große Erbschaften für eine Gefahr für die Demokratie, weil so Machtverhältnisse über Geld zementiert werden. Die 32-Jährige will ihr Geld spenden, aber nicht nach ihrem eigenen Gutdünken. Ihre Idee: Ein Bürgerinnenrat aus 50 Österreicherinnen und Österreichern soll 25 Millionen Euro verteilen. »Ich will die Rückverteilung meines Erbes demokratisch und transparent organisieren – und nicht beeinflusst durch meine private Privilegienbrille. Ich will die Entscheidung und damit die Macht abgeben, an einen ›Guten Rat für Rückverteilung‹«, sagte die Multimillionärin im Interview mit der Süddeutschen Zeitung. Nun ist die erste Phase dieses Prozesses angelaufen: 10 000 Menschen, die zufällig ausgesucht wurden, haben Post bekommen. Alle, die sich zurückmelden, werden in einer Umfrage zu Geschlecht, Bildung, Einkommen und anderen Merkmalen befragt und anhand dieser Umfrageergebnisse werden 50 Menschen ausgewählt, die repräsentativ für die Bevölkerung Österreichs stehen und den Guten Rat bilden werden. Was dieser Bürger:innenrat letztlich mit den Millionen von Marlene Engelhorn machen wird – darauf hat die Erbin

dann keinen Einfluss mehr. Sie vertraut darauf, dass es dem Gemeinwohl zu Gute kommen wird.

Würden Sie auch 90 Prozent eines großen Erbes verschenken?

Was denken Sie?

ZUR UMFRAGE

Wenn Sie noch weitere Gedanken zu dieser Frage haben, schreiben Sie uns an

newsletter@andershandeln.de.

Die Ergebnisse der Umfrage und eine Auswahl von Leser:innen-Reaktionen werden in unserem nächsten Newsletter veröffentlicht.

- NOCH ZU ERLEDIGEN
- NOCH ZU ÜBERSTEHEN
- NOCH ZU BESORGEN
- NOCH ZU BEWÄLTIGEN
- NOCH ZU BEZWINGEN
- KRAFT SCHÖPFEN**

**MEHR DAZU IN UNSEREM
NEUEN THEMENHEFT.**



NACHGESCHAUT



WENN DIE LETZTEN DIE ERSTEN SIND

Das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg kann für manche ein Ärgernis sein. Und ein

Beispiel für die ganz andere Gerechtigkeit Gottes.

Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Sie melden sich als Erntehelfer:in und stehen morgens mit zwanzig anderen Bewerber:innen am Feld. Schnell werden Sie handelseinig: Der Chef zahlt jedem von Ihnen 100 Euro für diesen Arbeitstag. Nach drei Stunden stoßen weitere Hilfskräfte dazu, nach der Mittagspause ebenfalls. Und eine Stunde vor Feierabend vergrößert sich das Helfer:innenteam noch mal um einige Arbeitskräfte. Nach Feierabend erhalten alle ihren Lohn: 100 Euro. Und zwar sowohl Sie, die Sie seit dem frühen Morgen schufteten, als auch die, die erst eine Stunde vor Feierabend dazugestoßen sind. Fänden Sie das gerecht? Wohl kaum. Vielleicht würden Sie sogar vor ein Arbeitsgericht ziehen und versuchen, einen höheren Lohn einzuklagen. Die Anwältin der Gegenseite würde argumentieren: »Vertraglich war ein Lohn von 100 Euro mit Ihnen vereinbart. Und den haben Sie ja auch bekommen.«

Diese Geschichte können Sie im 20. Kapitel des Matthäusevangeliums nachlesen. Jesus erzählt sie. Ohne Anwältin und mit anderer Währung, aber inhaltlich sagt sie genau dies. Eine Geschichte, die wütend macht. Denn nach menschlichen Maßstäben ist das Handeln des Chefs nicht nachvollziehbar und einfach nur maßlos ungerecht!

Genau das sagt Jesus mit diesem Gleichnis den Arbeitern im Weinberg: Nach menschlichen Maßstäben mag das ungerecht erscheinen, aber Gottes Gerechtigkeit ist eine andere. Die Geschichte hat sogar noch mehr Brisanz: Die, die als Letzte kommen, kriegen als Erste ihren Lohn. So endet die Geschichte mit dem berühmten und vielzitierten Satz »Die Letzten werden die Ersten sein.« So ist das bei Gott. Klingt eigentlich schön. Und tut trotzdem immer noch ein bisschen weh. Weil ich ein Mensch bin.

Für mich ist Jesu Gleichnis eine flammende Rede gegen die Leistungsgesellschaft. Das finde ich tröstlich. Und die Gerechtigkeit Gottes – auch wenn sie für mein menschliches Denken nicht wirklich nachvollziehbar ist – hat etwas Faszinierendes und Geheimnisvolles. Vielleicht ist es ja doch möglich, hier und da ein ganz kleines bisschen davon mit in mein Leben und mein Handeln zu nehmen. Das immer dann aufblitzt, wenn es mir gelingt zu denken: »Okay, finde ich jetzt ungerecht, dass die genauso viel kriegen wie ich – aber ich gönne's ihnen.« *Ulrike Berg*

PRO UND CONTRA

EIGENTUM VERPFLICHTET – GILT DAS NOCH?

Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist im Grundgesetz verankert. Mit ihr lassen sich im Extremfall sogar Einschränkungen der Eigentumsgarantie rechtfertigen.



PRO Unersetzliche Orientierung

Sabine Henning, AZ-Redakteurin: Die Macher des Grundgesetzes waren keine Kommunisten. Sie wollten Eigentum gewährleisten und schützen. Aber sie sahen auch die Verantwortung, die damit verbunden ist. Denn wer über Eigentum verfügt, hat Einfluss und Macht. Und die sollte in einer Demokratie zum Nutzen aller verteilt sein. Deshalb formuliert der Artikel 14 des Grundgesetzes einen wichtigen Anspruch an unser Zusammenleben. Sozialer Friede und Bildungschancen, wirtschaftliche Entwicklung, Klimaschutz – all das hängt am Ende auch mit einer gerechten Verteilung von Wohlstand zusammen. Doch wie sieht die Realität aus? Rund 1 Prozent der Weltbevölkerung verfügen über 45 Prozent des Gesamtvermögens. Und eine Mitarbeitende des Bundesfinanzministeriums berät Superreiche zu aggressiven Steuersparmodellen, wie jüngst eine ZDF-Dokumentation anprangerte. Doch das sollte uns nicht dazu verleiten, den Anspruch an die Sozialpflichtigkeit des Eigentums aufzugeben. Im Gegenteil: Er bleibt eine unersetzliche Orientierung und eine Grundlage für wirtschaftliches und politisches Handeln.



CONTRA Nur ein Feigenblatt im Verteilungskampf

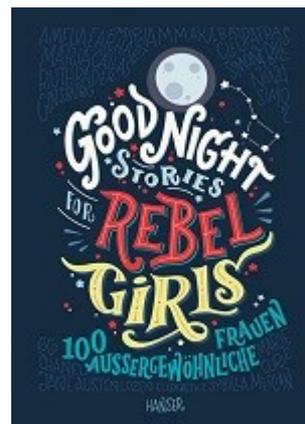
Axel Reimann, AZ-Redakteur: Das klingt erst mal interessant: »Eigentum verpflichtet.« Wen verpflichtet es? Vermutlich ist der Eigentümer gemeint. Und zu was soll der verpflichtet sein? So ganz genau kann man das nicht sagen. Der nachfolgende Satz im Grundgesetz deutet eine Richtung an: Der Gebrauch des Eigentums solle jedenfalls »zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen«. (Dass es ja ohnehin dem Wohle des Eigentümers dient, wird nicht extra erwähnt.) Das ist aber ein paradoxer Anspruch, der hier aufgestellt wird, denn: Eigentum ist schon von seiner Definition her ausschließend und abgrenzend. Meins ist eben nicht deins. Der Eigentümer darf »mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen« heißt es im Bürgerlichen Gesetzbuch, das im Alltag häufiger zur Anwendung kommt als das Grundgesetz. Unsere Rechtsordnung stützt diesen Glauben an das eigene Eigentum. Egal, ob es sich um einen kleinen Schrebergarten handelt oder ein paar tausend Wohnungen, um die geerbten Briefmarken oder die Familien-Millionen. Eigentum verpflichtet da erst mal nur dazu, die Gesetze zu halten und die Rechte Dritter nicht zu verletzen. Was auch für Nicht-Eigentümer gilt.

Natürlich ist die Sozialpflichtigkeit des Eigentums eine große Errungenschaft. Vor allem rhetorisch. Eine

Kompromissformel, die gleichzeitig den Schutz des Privateigentums gewährleistet und an die Verantwortung von Eigentümern und politisch Handelnden appelliert. Aber relevant wird die Phrase erst dann, wenn die postulierte Sozialpflichtigkeit für konkrete Bereiche eingefordert wird und diese Forderungen in politisches Handeln münden. Aber dafür fehlt meistens der politische Mumm. Und so bleibt »Eigentum verpflichtet« in der Regel ein Feigenblatt für einen längst entschiedenen Verteilungskampf. Entschieden zugunsten der Eigentümer. Und es komme mir jetzt keiner mit der Streu- und Räumpflicht von Hauseigentümern im Winter als Beispiel für »Eigentum verpflichtet«, zumindest nicht bei Mietwohnungen. Die Kosten dafür legt der ach so verpflichtete Eigentümer in der Regel auf die Mieter um. Warum? Weil er's kann.

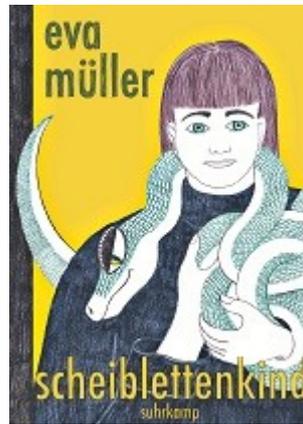
BUCHTIPPS

DIE VIELEN SEITEN DER GERECHTIGKEIT (UND DER UNGERECHTIGKEIT)



Good Night Stories for Rebel Girls
von Elena Favilli und Francesca Cavallo, Hanser, München 2016.

Männer haben unsere Gesellschaft und unsere Geschichtsschreibung sehr lange dominiert. Das heißt aber nicht, dass nur Männer Geschichte geschrieben haben. »Good Night Stories for Rebel Girls« macht außergewöhnliche Frauen und ihre Geschichten sichtbar. Das Buch erzählt von der Mathematikerin Ada Lovelace, der Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Piratin Jacquotte Delahaye, der Rennfahrerin Lella Lombardi und der Schwimmerin Yusra Mardini, von Frauen im Alten Ägypten und von Frauen, die heute noch ihr Leben vor sich haben. Begleitet werden die 100 kurzen, inspirierenden Frauenbiografien jeweils von einer Illustration. Mehr als 60 internationale Künstlerinnen haben die Frauen porträtiert – bunt und so vielfältig im Stil, wie die abgebildeten Frauen. Ein Buch, das auf jeden Nachttisch gehört und nicht nur eine Inspirationsquelle für rebellische Mädchen ist, sondern an das sich Frauen und Männer allen Alters heranwagen dürfen. Inzwischen gibt es weitere Bände. *Linda Giering*



Scheiblettenkind
von Eva Müller, Suhrkamp, Berlin 2022.

Eine junge Frau sucht ihren Platz zwischen den Welten ihrer Arbeiterherkunft und ihres akademischen Umfeldes an der Kunsthochschule. Darum geht es in Eva Müllers autofiktionaler Graphic Novel „Scheiblettenkind“. In kantigen und ausdrucksstarken Schwarz-Weiß-Bildern zeichnet die Autorin das Aufwachsen eines Mädchens in den achtziger und neunziger Jahren. Eine Kindheit mit wenig Geld, wenig Zeit der Eltern, wenig Anregung, wenig Bildung. Trotz Gymnasialempfehlung geht sie zur Realschule – noch keiner aus der Familie war auf dem Gymnasium. Jobben fürs eigene Geld – das ist sie gewohnt von Kindheit an. Aber die von ihr erwarteten Wege (Lehre, Hausbau, Heirat) will die Protagonistin nicht einschlagen. Sie bewegt sich in der Punkszene, landet in einer Großstadt, beginnt schließlich ein Kunststudium. Von ihrer Familie entfremdet sie sich – zu weit sind die Welten auseinander. Doch im akademischen Milieu fühlt sie sich auch nicht wohl: Sie kennt die sozialen Codes nicht, sie hat wenig Geld und muss jobben neben dem Studium und so kämpft sie immer wieder mit massiven Selbstzweifeln und Scham über ihre Herkunft. Zerrissen wird die junge Frau: Das alte Leben passt nicht mehr, die Beziehung zur Herkunftsfamilie wird immer schwieriger. Aber ob sie in der neuen Klasse, dem neuen Leben wirklich ihren Platz findet? Die Geschichte zeigt eine enorme Entwicklung der Protagonistin, aber erzählt keine glänzende Erfolgsgeschichte. Die zischelnde Schlange des Klassismus bleibt bis zum Schluss eine machtvolle Begleiterin. Eine spannende und intensive Lektüre, die schonungslos zeigt, wie sehr soziale Herkunft immer noch die Bildungsbiographie prägt und welche psychischen und sozialen Probleme Akademiker:innen aus Arbeiterfamilien belasten können. Leider brandaktuell. *Kirsten Westhuis*

UND DANN ...



Liebe Leserin, lieber Leser, wenn Sie Ihre Gedanken zum Newsletter-Thema mit uns und anderen Leser:innen teilen möchten, schreiben Sie uns an newsletter@andershandeln.de.

Als **Reaktion auf unseren Februar-Newsletter »Sollten wir öfter aus der Rolle fallen?«** haben uns wieder viele Zuschriften erreicht, von denen wir hier einige auszugsweise veröffentlichen.

Unsere Leserin Kerstin Putzar schreibt:

Eigentlich war und ist das Thema Rollen-Erwartungen für mich ein Dauerbrenner! Als Mädchen, Jugendliche, junge Erwachsene, Frau in der Evangelischen Kirche, im sozialen Beruf, später als Partnerin, dann Mutter von drei mittlerweile erwachsenen Kindern, die in ihrem Leben angekommen sind - das Thema war für mich immer präsent. »Frauen«-themen veränderten sich zu »Gendergerechtigkeits-themen«. Nun werde ich Großmama und wiederum beschäftigt mich, welche Erwartungen ich selbst eigentlich an mich habe! Denn das ist inzwischen meine Erfahrung: Es sind die Rollen, die ich verinnerlicht und mich in ihnen eingerichtet habe, aus denen es mir am aller schwersten fällt, »einfach auszusteigen«!

Dagmar Claußen:

Zum Thema Mutterrolle: Meiner Mutter war es wichtig, dass ich selbständig und unabhängig wurde. Das ist gelungen und dennoch bleibt man Kind, bis die Mutter gestorben ist. Und das war gut so! Ich bin den Eltern jedenfalls sehr dankbar!

Zur Frage der Amtskleidung und dem Rollenverständnis schreibt Oktavia Zindler:

Die Kleidung bei der Tätigkeit des jeweiligen Berufes unterstreicht die Tätigkeit und zeigt den beruflichen Stand. Sie verleiht Würde und Respekt. Die Kleidung ist auch wie ein Schutzmantel. Sie umhüllt einen. Sie verhilft zu einem sicheren Auftreten. Sei es ein Richter, Anwalt, Arzt, Krankenschwester, Feuerwehrmann, Polizist, Handwerker, Bäcker, Metzger usw. Alle haben ihre »Amtskleidung« zeigen damit wer sie sind, was sie tun in ihrer Arbeitswelt. Nach der Arbeit ist Freizeit. Zeit zum Durchatmen und zur freien Gestaltung. Da ist die »Amtskleidung« hinderlich. So finde ich eine Amtskleidung bzw. Arbeitskleidung gehört zur »Arbeit« und nicht in den privaten Bereich. Einen respektvollen Umgang zu pflegen, ermöglicht ein gutes Miteinander. Dazu brauche ich keine »Amtskleidung«. Es ist eine Charakter-Einstellung.

Margot Kroth:

Die Umfrage zum Thema Amtskleidung lässt mich etwas unzufrieden zurück. Meine Meinung wird nicht zur Gänze abgebildet. Das zu 100% Passende war nicht dabei, weshalb ich »weiß nicht« angekreuzt habe, aber eigentlich nicht meine. Ich bin zwar dafür, dass in der Regel eine Teilnahme an einer Demonstration Privatsache ist und auch dermaßen gekleidet besucht werden sollte, aber bei einem Auftritt/Statement, einer Kundgebung auf einer Bühne kann Amtskleidung Sinn machen und rein optisch eine Einschätzung zu Motivation und Hintergrund der Person geben. Meinerseits besteht also nicht die Forderung nach einem absoluten Verbot. Eine entsprechende Empfehlung wäre ausreichend, um dann Ausnahmen zu ermöglichen, ohne gesetzwidrig zu handeln.

Und Barbara Falk zum gleichen Thema:

Ich erinnere mich an die Friedensdemos der 80er Jahre, wo Pfarrer im Talar mitgingen, sich sogar an einer Blockadeaktion beteiligten, und die heftigen Kontroversen, die das auslöste. Wobei es klar geregelt ist im Kirchengesetz, dass Talare nur in Ausübung einer Amtshandlung und zu Gottesdiensten getragen werden dürfen.

Kritik gab es für unseren im letzten Newsletter einseitig westdeutsch geprägten Blick auf die Rolle der Frau in der Nachkriegszeit, von Maria Zeumer:

In Ihrem Newsletter schreiben Sie, dass in Deutschland Ehefrauen bis 1958 ihre Männer fragen mussten, wenn sie den Führerschein machen wollten und bis 1977 nur berufstätig sein durften, wenn dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie zu vereinbaren war. Diese Aussagen treffen nur für einen Teil Deutschlands, die BRD zu. In der DDR gab es ein solches Gesetz nicht. Hier war es für Frauen selbstverständlich, auch mit Familie einen Beruf auszuüben. Die Betreuung der Kinder in Kindertageseinrichtungen hat es ermöglicht.

Unsere **Umfrage im Februar-Newsletter** (»Sollte Amtskleidung im Privatbereich verboten sein?«) hatte folgendes Ergebnis:

74,2 Prozent der Teilnehmenden meinen: »Jeder schlüpft gern mal in eine andere Rolle. Aber die dienstliche und die private Rolle sollten klar getrennt bleiben. Außer Dienst sollte das Tragen von Uniformen oder anderen Amtsmerkmalen verboten sein.«

14,7 Prozent: »Was jeder und jede in der Freizeit tut, ist ihre Sache. Und ob man sich währenddessen als Amtsinhaber zu erkennen gibt, auch.«

4,6 Prozent: »In manchen beruflichen Ämtern geht man nun mal die Verpflichtung ein, sich auch in der Freizeit seines Amtes entsprechend zu benehmen. Polizistinnen, Pfarrer oder Richterinnen haben auf Demonstrationen nichts zu suchen!«

2,3 Prozent: »Niemand ist völlig neutral. Uniformen und Amtskleidungen verschleiern das im Dienst nur und vermitteln ein falsches Bild von Neutralität und Amtswürde. Amtskleidung gehört abgeschafft.«

4,2 Prozent: »Weiß nicht.«

(Teilnehmerzahl: 217)

Sie können diesen Newsletter [hier](#) weiterempfehlen.

Die nächste Ausgabe erscheint am Sonntag, 21. April 2024.

Kennen Sie schon unseren anderen, wöchentlich erscheinenden Newsletter »die andere zeit«?

Sie können ihn [hier](#) abonnieren.

Andere Zeiten e.V.
Fischers Allee 18
22763 Hamburg
Deutschland

040 / 47 11 27 57

newsletter@andershandeln.de

Redaktion: Ulrike Berg, Elisabeth Cziesla, Linda Giering, Sabine Henning, Iris Macke (verantwortlich), Axel Reimann, Kirsten Westhuis

Gestaltung: Jennifer van Rooyen

Illustration/Karikatur: Sarah Matuszewski

Kopf-Illustrationen: Sarah Matuszewski

[Datenschutzerklärung](#)

[Newsletter abonnieren](#)

[Newsletter weiterempfehlen](#)

[Newsletter abbestellen](#)

Wenn Sie diese E-Mail (an: seifert@anderezeiten.de) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese **hier** kostenlos abbestellen.